



# Solidarität

## Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiszelle 75 Pfennig, Leder- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sammlige Postanfragen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Berlinungsregister.

**Für die Woche vom 10. — 16. März ist die Beitragsmarke in das mit 10 bezeldnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.**

### An Ihren Früchten sollt ihr Sie erkennen!

Ein neues Lichtempfindliches Dokument graphischer Arbeiter-Wohlfahrtspflege aus der großen Werkstatt, obwohl diesmal der Schutzvermerk „Vertraulich“ fehlt. Diese Kriegsluft jedoch hat wenig genügt. Leute, denen der Sinn für Wahrheit und Logik noch nicht abhanden kam, erkannten seinen Wert zur Aufklärung für Öffentlichkeit und Hilfsarbeiterschaft. Anders ist seine Einfindung an uns kaum zu bewerten. Ungeföhrt soll sein wesentlicher Teil der Nachwelt erhalten bleiben. Es lautet:

„Verein Leipziger Buchdruckereibesitzer (E. V.), Bezirks-Verein Leipzig des Deutschen Buchdrucker-Vereins. Geschäftsstelle Leipzig, Deutsches Buchgewerbehäus, Dolsstraße 1, Zimmer 23.“

Leipzig, den 4. 2. 1918.

### Hilfsarbeiter betr.

Sehr geehrter Herr Kollege!

In unseren Rundschreiben haben wir wiederholt empfohlen, sich bei der Gewährung von Lohn- und Feuerungszulagen an die Hilfsarbeiterschaft den von uns bekanntgegebenen allgemeinen Richtlinien anzupassen und Verhandlungen nur mit dem eigenen Personal, nicht aber mit dem Vertreter des Hilfsarbeiterverbandes, zu führen, der lediglich durch das meist mit den Tatsachen in Widerspruch stehende Ausspielen einer Firma gegen die andere Erfolge zu erreichen sucht. Die Notwendigkeit, den wohlüberlegten Richtlinien des Vorstandes entsprechend zu handeln, wird durch den Verlauf der kürzlich bei der Firma F. A. Brochhaus aufgetretenen, ebenfalls durch den Verbandsfunktionär hervorgerufenen Lohnbewegung der Hilfsarbeiterschaft besonders deutlich dargestellt. Genannte Firma, die im November vorigen Jahres die allgemeinen Feuerungszulagen ihren Hilfsarbeitern gewährte, hat sich bei den ersten Anzeichen der Bewegung mit uns in Verbindung gesetzt und den gegebenen Ratschlägen gemäß gehandelt. Den uns zugegangenen Bericht bringen wir nachstehend im Wortlaut zu Ihrer Kenntnis:

Am 18. Januar erhielt ich von meinem gesamten Hilfspersonal die schriftliche Aufforderung, die Löhne um Mk. 4.— für die weiblichen und Mk. 5.— für die männlichen Arbeiter zu erhöhen. Im Falle der Ablehnung wurde mit dem Schlichtungsausschuß gedroht und der Ausschuss verlangt. Zur Entschickung stellte ich mir nur wenige Stunden zur Verfügung.

Da ich erst einige Wochen vorher die Bezüge um Mk. 1.50 bis 3.— erhöht hatte und den Durchschnitt der in Leipzig üblichen Löhne nicht so sehr über die Forderungen hinaufgehoben wie folgt:

Nachdem erst vor wenigen Wochen den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen der Buch- und Steindruckerei eine Erhöhung der Feuerungszulage zugestanden wurde, sehe ich mich nach reiflicher Ueberlegung außerstande, die unter dem 18. Januar d. J. schon wieder erhobene Forderung auf weitere Zulagen von Mk. 4.— bis 5.— zu bewilligen. Ich bin dazu um so weniger in der Lage, als die bei mir üblichen Löhne den Durchschnittslöhnen entsprechen, wie sie in den Leipziger Buch- und Steindruckereien gezahlt werden. Sollten die Löhne oder die Feuerungszulagen der Hilfsarbeiter in den Leipziger Buch- und Steindruckereien allgemein weiter erhöht werden, so werde ich selbstverständlich die entsprechenden Zulagen ebenfalls gewähren.

Es sollte mir leid tun, wenn durch eine von außen hereingetragene Agitation das gute Verhältnis, wie es seither zwischen den Arbeitnehmern und der Geschäftsleitung bestanden hat, ein Ende nehmen würde, aber selbst auf diese Gefahr hin könnte ich meinen Entschluß nicht ändern. Eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß muß ich ablehnen, da ich jedem meiner Arbeiter nach ordnungsmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses den verlangten Abkchschrein ausstellen würde.

### Ge kündigt hat hierauf niemand.

Da ich aber mit einer allgemeinen Kündigung rechnen mußte und sich für den Posten des Sprechers zufällig eine geeignete Kraft gemeldet hatte, so kündigte ich diesem Sprecher.

Am 29. Januar erschien dann in der „Freien Presse“ ein, natürlich vollständig einseitig gehaltener Artikel über die Bewegung, dessen Tendenz ja den Weg erkennen läßt, den aufsehend Behrendt, der Vorsitzende des Hilfsarbeiterverbandes, hier gehen will. Bekanntlich spielt dieser „Arbeitervertreter“ immer eine Firma gegen die andere aus und nach meinen Feststellungen ist es ihm auch in vielen Fällen gelungen, auf diese Weise etwas zu erreichen.

Sie erleben aus Vorstehendem, daß unberechtigten Forderungen des Hilfsarbeiterverbandes gegenüber strikte Ablehnung durchaus am Platze und auch das richtige Mittel ist, den immer wieder auftretenden Versuchen, die einzelnen Personale durch die Verbandslitung zu beunruhigen, mit Erfolg begegnen.

Mit kollegialer Hochachtung der Vorstand des Vereins Leipziger Buchdruckereibesitzer (E. V.) B. Thaler, Vorsitzender.“

Theorie und Praxis auf einem Blatt. Letztere — wie es in solchen Kreisen bei Arbeiterangelegenheiten üblich ist — die erstere stark vbrfeigend. Welt über Jahresfrist bemüht sich bekanntlich der mit sozialem Del gefasbt sein wollende Leipziger Erziehungsausschuß den Nachweis zu führen, daß

auch die Hilfsarbeiterschaft von den diversen Kriegsausschlügen entsprechend bedacht ist. Vorsichtig jedoch ging er der Frage nach Markt und Pfennig in weitem Bogen aus dem Wege. Die Linke — und vor allen Dingen die Öffentlichkeit — durfte nicht wissen, was die Rechte tat. Das war zu „schenerlich“! Nun lüftet — allerdings wider Willen — die Firma F. A. Brochhaus „ziffernmäßig“ den Schleier der Bescheidenheit und da der mit kollegialer Hochachtung unterzeichnende Vorstand im obigen Schreiben ausdrücklich feststellt, daß „gemäß den gegebenen Ratschlägen gehandelt“ ist, handelt es sich also um nahezu authentisches Material. Wir sagen nahezu; denn scheinbar aus einem gewissen Schamgefühl heraus, sind nämlich die Ziffern für weibliches Personal in dem Schreiben des Welthauses noch um 20 Prozent zu hoch angegeben. Nicht 1.50, sondern 1.25 bis 3.— Mk. zahlte sie „einige Wochen“ vor dem 18. Januar, zu der Zeit also, wo die dem verehrlichen Publikum abgelesenen 80- bis 240-prozentigen Kriegsausschlüge längst lustig in ihrer Tasche kimperten. 1.25 Mk. für weibliche und 3.— Mk. für Familienbäter sind demnach der metallische Niederschlag der „wiederholt empfohlenen allgemeinen Richtlinien“. Rund 55 Prozent auf den Minimallohn erhielt das technische Personal als „gerechte und billige“ Gegenleistung für seine zur Verfügung gestellte Arbeitskraft, mit rund 10 Prozente nach „allgemeinen Richtlinien“ glaubt man das schon in Friedenszeiten nach Kränzwinkler Lohnstabellen abgefundene Hilfspersonal abspesen und den nicht unbeträchtlichen übrigen Teil zum „Durchhalten“ der Herren Hofräte und Direktoren verwenden zu können. Kein schlechtes Geschäft!

„Wiederholt empfohlen“ — dem Manne gebührt die Schwerstarbeiterzulage (das Geld zu deren Anschaffung wird ja dem Hilfspersonal abgequetscht) — ist ferner den werten Komitonen, „Verhandlungen nur mit dem eigenen Personal, nicht aber mit dem Vertreter der Hilfsarbeiter zu führen.“ Wie zwischen Volk und Fürsten sich kein Fehden Papier drängen sollte, so zwischen diesen „patriarchalische Sitten hochhaltenden“ ollen ehrlichen Seemannern und ihrem Personal niemand, der „das gute (!) Verhältnis, wie es seither zwischen Arbeitnehmer und Geschäftsleitung bestanden hat“ für die Hilfsarbeiter in ein etwas erträglicheres verwandeln könnte. Die Wünsche Ihrer Arbeitnehmer waren den Herren jederzeit Befehl. Weshen Zwecken diese „wiederholte Empfehlung“ nutzbar zu machen war, begriff die um das „gute Verhältnis“ sehr besorgte Direktion sehr wohl. Mit der strahlenden Geste des die Luft approximierenden Pudels vermehrt sie nämlich in ihrem Geheimbericht: „... und da für den Posten des Sprechers sich zufällig (!) eine geeignete Person gemeldet hatte, so kündigte ich diesem Sprecher.“ Zu deutsch: sie maßregelte ihn! Die „Verhandlung mit dem Personal“ erfuhr so die einwandfreieste und kostenloseste Regelung. Ja, ja, die guten alten Sitten! Selbst die tauschlaugigste Direktion begriff ihre Zweckmäßigkeit.

Diese dokumentarische Demaskierung in zwei Fällen genügt für die Leipziger Hilfsarbeiterfrage! Welche Nutzenwendungen sie zu gegebener Zeit aus ihnen zu ziehen berechtigt ist und ziehen wird, mag der Zukunft überlassen bleiben. Nicht nur bei dieser Firma. Man versöhne sie und die Deffentlichkeit dann aber gefälligst mit den pharisäischen Heilmeteorien über Vertragsunreife. Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Magister und Famulus bedürfen getrennt noch einiger Stämpfung. Im Hinblick auf den zur Verfügung stehenden Raum kann sie jedoch erst später erfolgen. —dt.

## Die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln.

I.

Zweifellos hat die städtische Bevölkerung unter den Schwierigkeiten in der Ernährung, die der Weltkrieg mit sich bringt, am allerschlimmsten zu leiden. Vor allen Dingen sind die Verbraucher-massen der großen und mittleren Städte sowie der Industriebezirke übel daran, sie stehen manchmal direkt vor der Gefahr einer Hungersnot. Während die Landbevölkerung im allgemeinen noch nicht darbt, da ihr die Möglichkeit und das Recht auf Selbstversorgung gewährleistet ist, sind die städtischen Verteilungsstellen, die ohnehin nur knappe Rationen verabsorgen, zeitweilig nicht instand auch nur dies Notwendigste heranzuschaffen. Ob dies mehr an dem bösen Willen der Landräte oder an den Transportschwierigkeiten oder an den Mängeln in der Organisation liegt, soll hier nicht untersucht werden, Tatsache ist, daß die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln, zumal mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, sehr viel zu wünschen übrig läßt. Das Empörende hierbei ist, daß die Knappheit an Kartoffeln, Gemüse, Hülsenfrüchten, Fleisch, Fett, Eiern, Butter, Milch usw. nicht so sehr aus natürlichen Ursachen entspringt, als vielmehr künstlich hervorgerufenen Widerständen seine Entfaltung verdammt. Die Quelle aller Mißstimmung und Empörung, die in der Bevölkerung vorhanden ist, ist darin zu suchen, daß allgemein der Glaube verbreitet ist, es seien wohl genügend Nahrungsmittel vorhanden, aber sie würden zurückgehalten und kämen vorwiegend dem zahlungsfähigen Publikum zugute. Wenn auch diese Meinung in dem Umfange nicht richtig ist, so trifft doch soviel zu, daß bedeutend mehr an die städtische Bevölkerung herangebracht werden könnte, wenn der behördliche Apparat der Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln besser funktionierte. Hieraus erklärt sich auch das Bestreben, auf dem Wege der organisierten Selbsthilfe die Bewohner der Städte und Industriebezirke mit Lebensmitteln besser zu

versorgen, als es die behördliche Kriegswirtschaft fertig zu bringen versteht.

Während des Krieges sind zahlreiche Stadtverwaltungen dazu übergegangen, in eigenen Betrieben und für eigene Rechnung Lebensmittel herzustellen. Es handelt sich selbstverständlich hauptsächlich um landwirtschaftliche Erzeugnisse des Massenbedarfs, also vorwiegend um Milch, Fleisch, Kartoffeln, Gemüse und Obst. Sie haben Landgüter gekauft oder gepachtet, auf denen sie Milchwirtschaft und Schweinezucht betreiben, Gemüse und Obst bauen, Korn und Kartoffeln erzeugen. Die Erzeugnisse werden zum Gebrauch hergerichtet und an die Verbraucher geliefert.

Diese städtische Eigenherzeugung, mit der bereits allerlei Erfolge erzielt worden sind, wird begleitet und unterstützt durch die landwirtschaftliche Betätigung zahlreicher Stadtbewohner, die an den Rändern des städtischen Reichs in Gärten und auf kleinen Parzellen alle möglichen Bedarfsgenstände erzeugen und dadurch zur besseren Ernährung der Bevölkerung beitragen. Auch die städtischen Verbraucherorganisationen, die Konsumgenossenschaften, sind ernstlich bemüht, außer ihrer eigentlichen Tätigkeit, der Lebensmittelverteilung, auch auf dem Wege der Eigenherzeugung für die Beschaffung von Lebensmitteln zu sorgen. Sie betreiben Bäckerei in großem Umfange, teilweise auch Schlächtereien, Herstellung von Mineralwasser, Limonade, Obstwein, Sauerkohl, Käse usw. Einige haben ihr Tätigkeitsfeld auch schon auf das Land verlegt, indem sie Landwirtschaft und Viehzucht betreiben. Besonders der Versorgung der Bevölkerung mit Milch widmen sie eine große Aufmerksamkeit. Leider werden sie durch engherzige behördliche Maßnahmen in dieser segensreichen Tätigkeit sehr behindert, so daß sie nicht so wirken können, wie sie wohl wollten. Endlich ist noch zu erwähnen, daß auch zahlreiche Großunternehmungen in den Industriebezirken eifrig bemüht sind, für ihre Angestellten und Arbeiter Lebensmittel zu beschaffen, weil sie die Erfahrung gemacht haben, daß sich mit der normalen Ernährung die Leistungsfähigkeit ihrer Betriebe nicht aufrecht erhalten läßt.

Alle diese Bemühungen, so anerkanntswert sie an und für sich sind, können doch nur in sehr beschränktem Umfange Abhilfe schaffen, sie müssen ihrer Natur nach Palliativmittel bleiben, weil sie nicht bis auf den Kern der Sache zurückgreifen. Es steht ja fest — und die Erfahrung des Krieges hat dies bestätigt — daß eine ausreichende, dauernde Versorgung der Städte und Industriebezirke mit Lebensmitteln nur auf dem Wege der organisierten Selbsthilfe durchführbar ist. Die Bevölkerung, die schon vor dem Kriege, und während des Krieges erst recht, der Willkür der Produzenten und Händler ausgeliefert war, muß die Lebensmittelbeschaffung und Lebensmittelverteilung selbst in die Hand nehmen, sie muß sich von der Landwirtschaft und dem Zwi-

schhandel unabhängig machen und ihr eigenes Verbraucherinteresse in den Vordergrund drängen. Sie muß zielbewusste Verbraucherpolitik treiben und die Sorge für ihr eigenes Wohlergehen zur Richtschnur ihres Tun und Lassens nehmen. Das befragt natürlich nicht, daß sie jegliche Rücksichtnahme auf die Interessen der anderen Bevölkerungsgruppen hintansetzen soll, im Gegenteil, sie muß alle berechtigten Interessen anerkennen, aber in erster Linie erfordert es doch die Pflicht der Selbsterhaltung, daß sie für sich selbst sorgt. Zu dieser Selbsthilfe wird sie durch die schlechten Verhältnisse im Gebiete der Volksernährung geradezu gezwungen. Man braucht sich nur vor Augen zu führen, in welcher Weise die Bewohner der großen und mittleren Städte und der Industriebezirke bislang mit Milch und Milchprodukten, mit Fett und Fleisch, mit Kartoffeln, Gemüse und Obst versorgt worden sind. Sie hatten, so lange sie in ihrer Untätigkeit verharrten, nicht den geringsten Einfluß auf die Menge und die Güte der zugeführten Erzeugnisse, ebenso wenig wie auf die Art der Verteilung und die Höhe der geforderten und gezahlten Preise. Niemand kümmerte sich um die Verbraucherinteressen, die Banleute erstrebten hohe Preise, unbekümmert darum, ob die Verbraucher sie zahlen konnten, die Händler trachteten ebenfalls nach einem hohen Gewinn, unbekümmert darum, ob die Erzeuger ihre Rechnung dabei fanden und ob die Verbraucher auch die Mittel besaßen, genügend Nahrungsmittel kaufen zu können und die Behörden begünstigten das Treiben der Produzenten und Händler in jeder Weise. Das mußte natürlich die Verbraucher-massen allmählich zur Selbstbestimmung bringen, und die Folge davon ist das Bestreben, die Versorgung der Städte und Industriebezirke mit Lebensmitteln auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Kriegsnot hat diesen Willen zur Selbstversorgung noch wesentlich gestärkt, und so steht zu hoffen, daß in der künftigen Friedenszeit gründlich Wandel geschaffen wird.

## Aussichten der Frauennarbeit in der Uebergangszeit nach dem Kriege.

Von Gertrud Hanna.

S.A.K. Wie für Staat und Gesellschaft im allgemeinen, so bleiben für die Arbeiterbewegung im besonderen bei der Einrichtung unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege eine Menge von Aufgaben zu lösen, die wir heute weder alle noch voll übersehen können. Das aber kann man wohl heute schon annehmen: Obwohl es nicht an Arbeiten fehlen wird, die notwendig gemacht werden müssen — man denke nur an die jahrelang auf das allernotwendigste beschränkt gebliebenen Reparaturen und unterlassenen Neuanschaffungen im Verkehrsgewerbe, in bezug auf Kleidung, Hausrat, kurz allen Gegenständen des täglichen Be-

## Am letzten Tag.

Erzählung von Ernst Preczang.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

In der Luft schrien die Wildgänse. In pfaffenförmigem Fluge zogen die Schwärme dahin. Scharf zeichnete jeder Knump sich ab vom staubblauen Himmel. Ein Flug nach dem anderen erhob sich am Wiesstrand aus Schilfstraud und Binsenhalmen, strebte über die Waldblichtung, über die Kronen der Bäume, über den Kirchturm landeinwärts. Wiegend, funkelnd leuchtete das Gesehder auf im Sonnenstrahl.

Der Alte verfolgte sie mit den Augen und nickte vor sich hin. Dann versank er in dumpfes Brüten. Und plötzlich wandte er sich zu dem anderen: „Ich glaub', ich komme in diesem Winter nicht mehr nach dem Süden. Und müßte doch. Sonst war ich zu dieser Zeit schon fast unten. Und bin erst mit dem Frühling wieder gekommen.“

Der Jüngere sah in Nachdenken versunken und schien nichts zu hören.

Der Alte sah ihn an, brummte und legte sich hintenüber in's Gras, die Arme unter dem Kopf:

„Ich muß es anders einrichten,“ murmelte er. „Im Winter ist hier oben kein schönes Wandern.“

Sein Begleiter lehnte sich zu ihm: „Nach's Dir nicht zu bequem, alter Rabe. Noch zwei Stunden haben wir. Du weißt.“

Der hatte die Augen geschlossen: „Bin so schläfrig worden, Söhnchen. Es ist zuviel für heute. Wir bleiben im nächsten Dorf. Man wird alt, — alt, Söhnchen.“ Er tastete mit der Hand nach der Brust: „Wenn ich bloß wüßte, was da —“ hielt“ schrie er und richtete sich jäh auf, sah verstockt um sich und sank stöhnend wieder zurück, die Hand auf die Brust gepreßt.

„Was ist Dir?“

Ein Kopfschütteln war die Antwort. Dann zogen die zitternden Finger die Flasche; es war nur noch ein spärlicher Rest darin. Er trank ihn aus mit gierigen Lippen. Die Flasche entfiel der Hand, rollte den Abhang hinunter und klatschte in's Wasser.

„Die bist Du los.“

Ein leises Lachen —

Der Jüngere sah wie gebannt, die Augen groß und fast furchig auf den Alten gerichtet. Der schien zu schlafen. Die Brust hob und senkte sich unregelmäßig. Derwiltbert hing das Haar um die

zuckenden Schläfen. In dem verworrenen braunen Bart, der das Gesicht von einem Ohre zum anderen dicht umrahmte, spielte ein verlorener Sonnenstrahl und brachte ihn zum Leuchten. Scharf und deutlich traten die Falten und Risse in der kupferfarbenen Haut der Wangen und Stirn hervor und gaben dem Antlitz das Aussehen einer alten Baumrinde.

Tief und tiefer sank die Sonne. Drüben im Walde hing schon grau die Abenddämmerung. Weiße Nebel stiegen von den Wiesen.

Er mochte ihn nicht wecken, konnte nicht. Sah und sah und sann, dachte an des Alten Schicksal, an Kathrine, an die eigene Braut dahel. Wie eine Gärung war's tief innen. Zu einer Klarheit kam er nicht.

Wie eine Wolke überschattete es die Lagernden plötzlich. Ein tausendstimmiger Schrei aus der Luft. Der Jüngling fuhr auf aus seinem Sinnen.

Der Alte hatte die Augen geöffnet: „Hörst Du die Wildgänse?“ Dann schloß er sie wieder. Schwächer wurden die Atemzüge, unregelmäßiger.

Wie ein Juden ging's durch den ganzen Körper. Die Arme sanken herab. —

darf —, so wird doch zunächst bei Beendigung des Krieges eine riesige Stöckung unseres Wirtschaftslebens eintreten. Die Betriebe sind zum größten Teil auf die Herstellung von Heeresbedarf eingerichtet. Die Umstellung auf den Friedensbedarf wird infolge des Fehlens vieler Rohstoffe nicht so schnell vor sich gehen, wie seinerzeit die Umstellung auf den Kriegsbedarf. Zum mindesten während dieser Zeit wird eine große Arbeitslosigkeit herrschen, noch verstärkt durch die Millionen rückkehrender Kriegsteilnehmer, mag deren Entlassung auch langsam erfolgen.

Run warten freilich schon viele jetzt in Arbeit Stehende sehnsüchtig auf den Moment der Rückkehr der Kriegsteilnehmer zu den Arbeitsplätzen, um ihrerseits die Plätze verlassen zu können. Der Krieg hat durch das Hilfsdienstgesetz Männer zu Arbeitsleistungen gezwungen, die früher nicht gearbeitet haben und die auch, wenn der Zwang aufhört, ihr früheres Leben wieder aufnehmen wollen. Ferner arbeiten heute zahlreiche Frauen nur, weil ihre Männer, die sonst die Familie allein ernährt hatten, jetzt Kriegsdienste leisten. Alle diese werden gern freiwillig die Arbeitsplätze räumen. Die Frauen aber können dies nur, wenn ihre Männer wieder Arbeit und ausreichenden Verdienst gefunden haben.

Dem werden mancherlei Schwierigkeiten entgegenstehen. Noch immer waren Zeiten großer Arbeitslosigkeit den Unternehmern willkommene Gelegenheiten für einen Druck auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Während der großen Krise 1908 schrieb ein Unternehmerblatt, daß die Zeiten großer Arbeitslosigkeit für die Unternehmer einen Prozeß der Gesundung und Erholung bedeuten. Es fragt sich deshalb, ob bei Beendigung des Krieges das Unternehmertum den zurückkehrenden Kriegsteilnehmern so ohne weiteres die Plätze öffnen will, auf denen während des Krieges weibliche Arbeitskräfte zu niedrigeren Löhnen, als sie den Männern gezahlt werden, beschäftigt waren. Die freiwillig verlassenen Arbeitsplätze reichen als Arbeitsgelegenheit aber keineswegs für alle Kriegsteilnehmer aus. Ein großer Teil muß als arbeitslos übrig bleiben, und er wird vermehrt durch die aus der bisherigen Beschäftigung nach Aufhören der Heeresaufträge Entlassenen. Die Schar der Arbeitslosen wird aus Männern und Frauen bestehen und wird von Seiten der Unternehmer dazu benutzt werden, ihre schon wiederholt während des Krieges geäußerten Forderungen nach Abbau der Kriegslöhne, die auf „ein normales Maß“ zurückgebracht werden sollen, in die Praxis umzusetzen. Zu befürchten ist, daß die arbeitslosen Frauen dazu in weit höherem Maße die Hand bieten, als die arbeitslosen Männer, weil sie in weit geringerem Maße organisiert sind als die letzteren.

Schon jetzt wird in Rücksicht auf die uns bevorstehende Situation versucht, Maßnahmen in die Wege zu leiten, die uns über die schlimmste erste

„Tot!“ Der Jüngere war aufgesprungen. Ein Graufen packte ihn.

Er sprang auf die Straße und begann zu laufen — den Weg zurück, den sie gekommen. Zum Müller! Der mußte hier raten und das Beste tun.

Wie er hingekommen, das wußte er nicht. Mit fliegendem Atem berichtete er dem Müller, daß sein ehemaliger Gefährte ein Enbe genommen. Der nickte nur stumm, wuschte sich eine verdorrte Krone aus dem Auge und ließ anspannen. Dann jagten sie zurück.

Der tote lag unberührt wie vorher. Sie legten ihn auf Stroh in den Hinterteil des Wagens. Langsam, im Schritt, ließ der Müller dann die Pferde gehen.

Reben ihn auf dem Boß saß der Jüngling. Run war es völlig Abend geworden. Der Mond kieg herauf. Kalt und grau kam die Nacht.

Der junge Handwerksbursche mußte sich öfter umsehen. Es zwang ihn dazu. Dann wieder betrachtete er den Müller, der still und in sich versunken dasaß, die Peitsche in der Hand.

Ein tiefer, großer Ernst kam über ihn. Und es war ihm, als habe die Welt von ihrem Glanz verloren. . . .

Zeit nach dem Kriege hinweghelfen sollen. Auch die Arbeiterorganisationen haben bereits Vorschläge unterbreitet, die sowohl die Entlassung der Kriegsteilnehmer aus dem Heeresdienst, wie auch die Umfaltung unseres Wirtschaftslebens auf den Friedenszustand und die Unterstützung der auf der Strecke bleibenden Opfer berücksichtigen. Die Durchführung aller dieser Vorschläge erfordert eine Anerkennung der Organisationen der Arbeiter an allen Stellen, die dafür in Frage kommen, nicht zuletzt eine Anerkennung seitens der Unternehmerorganisationen. Daß es aber noch immer Unternehmer und Unternehmerverbände wie auch Behörden gibt, die mit Arbeiterorganisationen nicht verhandeln wollen, kommt daher, weil noch immer ein großer Teil der Arbeitskräfte den Organisationen fernsteht. Vor allen Dingen sind es die arbeitenden Frauen. Von ihnen gehört erst ein kleiner Prozentsatz den Organisationen an. Darum kann ihnen gegenüber noch immer mit einem gewissen Recht behauptet werden, sie seien nicht als Vertretung der gesamten Arbeiterschaft zu betrachten und könnten keine Garantie dafür übernehmen, daß die mit ihnen getroffenen Abmachungen auch innegehalten werden.

Gerade die auf Erwerb angewiesenen Frauen aber hätten es nötig, an den Arbeiterorganisationen einen Schutz zu haben in der uns bevorstehenden schweren Zeit der Uebergangswirtschaft, die grade ihnen in mehr als einer Beziehung besonders schwer sein wird. Soweit bis jetzt zu übersehen ist, wird während dieser Zeit die Arbeitsgelegenheit für Frauen besonders knapp sein. Die Arbeiten, die in Angriff genommen werden können, werden an die Körperkräfte der Arbeitenden derartige Ansprüche stellen, daß Frauen ihnen nicht gewachsen sind. Für die Arbeitsgelegenheiten, die als Domäne der Frauarbeit galten, fehlt es an Rohstoffen. Dazu kommt, daß sich während des Krieges trotz aller Anerkennung der Arbeitsleistungen der Frauen eine Stimmung gegen sie gebildet hat, die erst ganz zum Ausbruch kommen wird, wenn unter den überflüssigen Arbeitskräften ein Kampf um den Arbeitsplatz entbrennt. Dann kann sich die vorhandene Stimmung gegen die Frauarbeit, deren Ursache die Tatsache ist, daß sie überall billiger entlohnt wird wie Männerarbeit, leicht in Haß gegen die arbeitenden Frauen umwandeln, wie wir ihn aus früheren Zeiten her kennen. Heutigentags hätte er aber schlimmere Folgen. Heute sind die Frauen in weit höherem Maße auf außerhäusliche Erwerbsarbeit angewiesen als jemals früher. Heute würde ein solcher Zustand von den organisierten Unternehmern aber auch ganz anders ausgenutzt werden als früher. Der einzig leidtragende Teil bei einem solchen Kampfe wäre die Arbeiterschaft und zwar sowohl die Männer wie auch die Frauen.

Um zu vermeiden, daß nach dem Kriege ein Kampf der Geschlechter um den Arbeitsplatz entbrennt, anstatt daß Männer und Frauen der arbeitenden Bevölkerung gemeinsam für günstige Arbeitsbedingungen wirken, muß versucht werden, in der uns noch zur Verfügung stehenden Zeit die den Organisationen noch fernstehenden weiblichen Arbeitskräfte zu gewinnen.

## Korrespondenzen.

Dresden, Am 26. Februar fand in Adams Restaurant unsere diesjährige Hauptversammlung statt, die sehr zahlreich besucht war. Einleitend gedachte der Vorsitzende zunächst der nachgekauften, durch den Tod von uns geschiedenen Mitglieder. Gefallen sind die Steinschleifer: Emil Drechsel, August Zentler, Willy Meyer, Max Hübel; die Hilfsarbeiter: Wilhelm Haichen, Paul Liescher und Willy Böhm. Gestorben sind die Buchdruck-Anlegerinnen: Johanna Burghardt und Fertia Bittlich; der Hilfsarbeiter Karl Matthiasch und der Notationsarbeiter Otto Kränker.

Besonders die Tätigkeit des Zeitgenannten als Vorsitzender fand wiederholt verdiente Anerkennung. Auch des Vorsitzenden der Buchdrucker, Emil Böhm, der jederzeit für das Wohl der Hilfsarbeiter mit eintrat, wurde mit ehrenvollen Worten gedacht. In üblicher Weise ehrten die Anwesenden das Andenken der Verstorbenen. Den Jahresbericht für 1917 gab Kollege Franz

Herrmann. Einnahmen für die Hauptkasse: 342 Eintritte mit 146,— M., 18 667 Beiträge mit 8046,50 M., für Kriegsmarken 564,50 M. Die Ausgaben befißern sich mit 106,65 M. für Arbeitslosenunterstützung, 1196,25 M. für Krankenunterstützung und 63,80 M. für Agitation. An die Hauptkasse wurden überwiesen 3184,02 Mark. Die verhältnismäßig hohe Krankenunterstützung ist in der Hauptsache eine Folge der unzulänglichen Ernährungsweise, unter der die Arbeiterschaft schwer zu leiden hat. Die Ortskasse rechnet mit einer Zunahme von nur 40,— M. am Jahreschlusse ab. Dieses Resultat ist hauptsächlich durch die Weichnachtsunterstützung für die Kriegerfrauen mit 330,— M. und andere Beihilfen mit 145,— M. herbeigeführt worden. Die Mitgliederbewegung zeugt von einer ständigen Fluktuation. Dennoch war es durch intensive Agitation möglich, den Bestand um 173 Köpfe zu mehren. Am Jahreschlusse waren 82 männliche und 466 weibliche = 548 Mitglieder vorhanden. Im Heeresdienst standen 218 Kollegen. Die Versammlungstätigkeit war trotz des Mangels an agitatorischen Kräften dennoch reg. Es wurden 45 Betriebsversammlungen, 2 Mitgliederversammlungen, 6 Verwaltungsverfassungen, 3 Vertrauenspersonen-Sitzungen, 11 persönliche Vorträge des Beamten und 4 Kassenrevisionen vorgenommen. Der Bericht über den Arbeitsnachweis ergibt, daß von 15 männlich und 193 weiblich gemeldeten Stellen nur 7 männlich und 157 weibliche besetzt werden konnten. Hierbei wurde erwähnt, daß häufig der Nachweis umgangen wird, was stark bedauert werden muß. Ein weiteres Eingehen auf den Bericht hinsichtlich der einzelnen Zahlstellen im Gau und die sonst festgestellten Zahlen soll wegen Raummangel hier unterbleiben, wiewohl wichtige Angaben und Schlüsse daraus zu ziehen sind. Der Revisionsobmann, Kollege Ehrlich, beantragte hierauf die Entlassung des Kassierers, was einstimmig erfolgte.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Stellungnahme zu der vom Hauptvorstand geplanten Beitragserhöhung“, nahm zunächst Kollege F. Herrmann das Wort. Nachdem bereits eine Verwaltungs- und Vertrauenspersonen-Sitzung mit dieser Angelegenheit sich beschäftigt, und energisch gegen ein derartiges Vorhaben verwandt hat, ging Redner nicht weiter darauf ein und eröffnete die Diskussion, um die Stimmung der Mitgliedschaft über diese Frage zu hören.

Die Kollegen Hoffmann, Mäbler, Denter, Franz, Ehrlich und Kollegin Zahn ergänzten sich in ihren Ausführungen gegenseitig unter energischer Verwahrung gegen eine derartige Maßnahme, da weder Zeit noch Umstände dazu angetan seien noch mehr aus der Mitgliedschaft herauszuholen. Vielmehr stellte man sich auf den Standpunkt, erst einmal die infolge von Lohn- und Feuerungszulagen mitunter bedeutend gestiegene Entlohnung der Mitglieder einer strafferen Heranziehung zur Beitragsleistung zu unterwerfen. Um die statutarischen Bestimmungen nicht illusorisch zu machen, sei es übrigens Pflicht jeden Mitglieds, die dem tatsächlichen Lohnsache entsprechenden Beiträge zu entrichten. Gemäß einer in Dresden im Januar aufgenommenen Statistik habe sich ergeben, daß eine große Anzahl von Mitgliedern ein bis drei Klassen niedrigere Beiträge bezahlt, was vermutlich auch an anderen Orten der Fall ist. Bei oberflächlicher Herausrechnung habe sich ergeben, daß der Hauptkasse dadurch ganz wesentliche Einnahmen vorenthalten werden, die statutarisch ohne Ausnahme auch hereingeholt werden müßten. Was Der oder Jene freiwillig und pflichtgemäß tue, muß von allen geschehen, da im Statut von Ausnahme nicht die Rede sei. Unter Zugrundelegung der besagten Statistik könnten allein in Dresden gegen 4000 M., im Gau weitere 2000 M., somit in Summa 6000 M. herausgeholt werden. (Warum ist das nicht schon geschehen? Red.) Bei Uebertragung auf den Gesamtverband der gegenwärtigen Mitgliederzahl entsprechend, würde das 20- bis 25 000 M. jährlich ergeben. Kollege Franz befaßte sich eingehend mit den Unkosten der „Solidarität“ und weist darauf hin, daß auch hier Einsparnisse zu machen seien. Eventuell kleineres Format, 14-tägiges bis 4-wöchentliches Erscheinen würde hier ebenfalls zum Ziele führen. Alle Einwendungen des Hauptvorstandes dürften auch hier, wo es sich um vermeidbare Gelbtausgaben handelt, nicht unüberwunden bleiben. Ebenso spricht sich die Versammlung allgemein gegen die Einberufung eines Verbandstages aus. Nicht nur wegen der besonders hohen Unkosten, sondern hauptsächlich wegen der Durchführung eines Programms, was auch für die folgende Friedenszeit ohne Milderung zugeschnitten werden könnte. Man könne heute nicht voraussagen was die Zu-

kunft mit sich bringen werde. Folgende aus der Mitte der Versammlung eingegangene Entschliessung wird hierauf verlesen:

#### Entschliessung:

„Die am 26. Februar zahlreiche versammelten Mitglieder der Zahlstelle Dresden haben sich in eingehender Weise mit der vom Hauptvorstand beschlossenen Beitragsregelung und Erhöhung beschäftigt. Sie können sich aber mit dieser Maßnahme, unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen, nicht einverstanden erklären. Aus folgenden Gründen: Weil durch den in unserer Organisation eingeführten Einheitsbeitrag die weiblichen Mitglieder sowohl zu hoher Beitragsleistung verpflichtet sind und weil in keiner anderen Organisation, die neuerdings eine Beitragsserhöhung durchgeführt oder in Vorbereitung hat, auf die der Hauptvorstand in seinen Urteilen als nachahmenswertes Beispiel verweist, die weiblichen Mitglieder Beiträge in solcher Höhe zu leisten haben als bei uns. Hierin erblicken die Versammelten eine Gefährdung unseres Mitgliederbestandes. Die Diskussion in der „Soli“ über diesen Punkt hat schon eine Beunruhigung in diesen Kreisen hervorgerufen. Andernfalls bei eventueller Beitragsserhöhung verschieblich eine Abwanderung in andere Verbände in Aussicht gestellt wurde. Darum erheben die Dresdner Mitglieder berechtigten Bedenken gegen eine Erhöhung der Beiträge in der jetzigen Zeit. Da voraussichtlich die finanziellen Nachteile und Mitgliederverluste größer sein würden, als die erhofften Vorteile. Die Versammelten erkennen wohl die Notwendigkeit gegenseitiger Kassenverhältnisse an. Um diese herbeizuführen und den Kampffonds zu stärken, erachten sie das jetzige Beitragsklassensystem für vollständig genügend. Voraussetzung dafür ist natürlich, daß jedes Mitglied seinem Lohn entsprechende Beiträge leistet. Hierin wird leider von vielen Mitgliedern die Pflicht nicht erfüllt, wie die aufgenommene Lohnstatistik im Gau V gezeigt hat und in verschiedenen anderen Orten das selbe der Fall sein wird. Wird diesbezüglich überall streng nach dem Statut verfahren, würde jedwede die Mehreinnahme für die Hauptkasse höher sein, als die durch die Beitragsserhöhung erwartete. Die Anwesenden halten es für angebracht, wenn der Hauptvorstand von Zeit zu Zeit Lohnstatistiken aufnimmt, um an der Hand derselben die Beitragsleistung der Gauen zu kontrollieren. Auch erklären sich die Versammelten damit einverstanden, wenn die „Soli“ 14 tägig oder wöchentlich 2seitig erscheint, um auch dadurch die Hauptkasse zu entlasten. Fernerhin beschließen die Versammelten, soweit noch nicht geschehen, die Beiträge nach ihrem Lohn inkl. Feuerungszulage leisten zu wollen. Sie geben weiterhin ihre Zustimmung, daß vom 1. April dieses Jahres ab die 2. Beitragsklasse für die Dresdner Mitgliedschaft aufgehoben wird, da nach der aufgenommene Lohnstatistik kein Mitglied unter 12 Mark verdient. Ganz besonders aber müssen die Anwesenden die Abhaltung eines Verbandstages ablehnen, zumal derselbe erst vor kurzer Zeit von sämtlichen Zahlstellen nicht für nötig gehalten wurde. Andernfalls die bedeutenden Kosten hierfür in Anbetracht unserer Kassenverhältnisse erspart werden können. Sollte die beschlossene Beitragsserhöhung wirklich eine Entschliessung der gesamten Mitglieder nötig machen, könnte dieselbe auch durch eine Urabstimmung herbeigeführt werden.“

Dieselbe wird unter Beifall einstimmig angenommen.

Im Schlußworte fordert Kollege F. Herrmann die Anwesenden auf, vor allen Dingen die Beiträge statutengemäß zu zahlen, andernfalls, sollte diese Beitragsserhöhung Gehehrtkraft erlangen, dem Verband dennoch die Treue zu wahren. Er schilderte dann in langen Ausführungen die wirtschaftlichen Kämpfe, die nach Kriegsschlus uns nicht erspart bleiben würden.

Unter „Allgemeines“ bepricht Kollege F. Herrmann den Verlauf einer Lohnbewegung bei der Firma Kreuzburg, wobei die Unterstützung des Kriegsamtes unsererseits angerufen wurde. Der Erfolg dieser Hilfe war nicht der erwartete, sodas sich die dort Beschäftigten zum großen Teil andere, besser entlohnte Stellen suchten. Ferner wird noch über 2 Anträge des Kollegen Erblich, welche von Verwaltungs- und Vertrauenspersonen-Sitzung bereits akzeptiert sind, beraten. Ersterer fordert eine Erhöhung der Entschädigung für Vertrauenspersonen-Sitzungen von 75 Pf. auf 1 Mk., und der Zweite die Erhöhung der Hauskassierer-Entschädigung von 2½ auf 3½ Pfennige pro verkaufte Marke. Beide Anträge werden einstimmig angenommen.

Zum Schluß wird noch auf den am 15. März im Volkswohlfahrtsaal stattfindenden Kunstabend aufmerksam gemacht und um zahlreiche Beteiligung gebeten. Hierauf endete die Versammlung um 11 Uhr.

**Stuttgart.** Am 18. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Dieselbe erfreute sich eines guten Besuchs. Zunächst ehrte die Versammlung das Andenken der seit der letzten Generalversammlung gestorbenen Kolleginnen und der im Felde gefallenen Kollegen in der üblichen Weise. Gestorben sind die Kolleginnen Emilie Dehle und Karoline Feuchter. Gestorben die Kollegen Jos. Müller, Karl Mayer, Joseph Hölsch und Adolf Klob. Den Tätigkeits- und Kassenbericht erstattete Kollege Werner. Er wies einleitend daraufhin, daß wir in diesem Jahre ein etwas regeres Verbandsleben haben werden. Die Tariffrage drängt ihrer Lösung entgegen und wird deshalb ein Verbandstag nötig sein. Auch die Beitragsfrage erheischt eine Regulierung. Es ist daher notwendig, daß wir alle in der Ortsverwaltung seit Kriegsausbruch verwaisten Plätze wieder vollständig durch geeignete Kollegen und Kolleginnen ersetzen. Hauptaufgabe im verfloffenen Jahre war es, die durch die Feuerungsverhältnisse unhaltbar gewordenen Löhne der Kollegschaft zu erhöhen. Es zeigte sich, daß die Unternehmer keineswegs geneigt waren, uns von selbst das zukommen zu lassen, was man den Gehilfen in Anbetracht der Feuerung durch die Verhandlungen im Tarifausschuß gewährte. Die Optimisten unter der Kollegschaft, werden wohl eines anderen belehrt worden sein. Nur Schritt für Schritt ist es uns gelungen bis zur jetzigen Höhe der Feuerungszulagen zu kommen. Weitere Anstrengungen wird es kosten, diese Zulagen auch für die Zukunft zu erhalten oder, wenn notwendig, noch höhere zu fordern. Der Einzelne ist dem Unternehmertum Luft. Je besser wir organisiert sind, desto besser werden sich unsere Verhältnisse gestalten. Diese Erkenntnis unter die Kollegschaft zu bringen, war unser vornehmstes Bestreben des verfloffenen Jahres. Alle im Vorjahre stattgefundenen Sitzungen und Versammlungen galten der Herbeiführung besserer Feuerungszulagen und hat die Kollegschaft allen diesen Veranstaltungen ohne Ausnahme, reges Interesse entgegengebracht, sodas dadurch unseren Forderungen der nötige Nachdruck verliehen werden konnte. Dies soll und muß auch in Zukunft so sein. Der Verwaltungsbericht zeigte eine erfreuliche Besserung nach aufwärts. Im Jahre 1917 betragen die Einnahmen an Aufnahmen 108,30 Mark, an Verbandsbeiträgen 449,30 Mark, an Extrabeiträgen 793,70 Mk. An die Hauptkasse wurden 1300,86 Mk. gesandt. An Krankenunterstützung wurden 803,05 und an Arbeitslosenunterstützung 22,50 Mk. ausbezahlt. Der Lokalkassenbestand erhöhte sich von 282,64 auf 545,05 Mk. Der Mitgliederbestand von 231 auf 348 Mitglieder. Während im Jahre 1916 9036 Beiträge verkauft wurden, stieg die Beitragszahl im Berichtsjahr auf 11967. Die Anzahl der Extrabeiträger von 2844 auf 6747. Zur Deckung der Unkosten für die Weihnachtsunterstützung an die Ausmarschierenden und deren Familien wurden Sammellisten ausgegeben. Diese brachten 143,80 Mk. Ausgegeben wurden 149,20 Mark, sodas die Lokalkasse einen Zuschuß von 5,40 Mark leisten mußte. Kasse und Bücher wurden von den Revisoren in bester Ordnung gefunden und dem Kassierer Entlastung erteilt.

Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzende: Kollegin Maurer, Geschäfts- und Kassenführung: Kollege Werner, Beisitzer: die Kolleginnen Burr, Kraft und Raspe, die Kollegen Braun, Bauer, Koserle und Kopp. Delegierte zum Gewerkschaftstarell: die Kollegen Braun und Werner sowie Kollegin Maurer; Graphisches Kartell: Reichardt und Werner; Tariffchiedsgericht: die Kollegen Mag, Koserle, Reichardt und Kollegin Maurer; Revisoren: die Kollegen Mag und Wafz.

Unter tarifliche Angelegenheiten gab Kollege Werner einen Nachsatz zu den Vereinbarungen über die Feuerungszulagen vom 22. 11. 1917 bekannt.

Nachsatz zu den Vereinbarungen über die Feuerungszulagen vom 22. 11. 1917. Der letzte Absatz des Punkt 1 der Vereinbarungen über die Gewährung von Feuerungszulagen an das Hilfspersonal vom 22. 11. 1917, welcher folgenden Wortlaut hat:

„Der Verein Stuttgarter Buchdruckerzeitschriftler wird seinen Mitgliedern empfehlen, denjenigen Hilfsarbeiterinnen, die über 5 Jahre in einem und demselben Geschäft tätig sind und

einen Wochenlohn unter 20.— Mk. erhalten, in absehbarer Zeit eine Aufbesserung zu gewähren (gleichviel ob in Form einer Feuerungs- oder Lohnzulage).“

hat in dieser Form, bei den Prinzipalen einerseits und bei den Hilfsarbeiterinnen andererseits, verschiedene, einander gegenüberstehende Auslegungen gefunden. Um allen Weiterungen vorzubeugen, erklären die Unterzeichneten, daß der Sinn der damals gefassten Vereinbarung folgender ist:

„Der Verein Stuttgarter Buchdruckerzeitschriftler wird seinen Mitgliedern empfehlen, denjenigen Arbeiterinnen, die über 5 Jahre in einem und demselben Geschäft tätig sind und jetzt noch einen Grundwochenlohn unter 20.— Mk. erhalten, in absehbarer Zeit auf diese Höhe aufzubessern.“

Für den Verein Stuttgarter Buchdruckerzeitschriftler  
gez. H. B. Stredler.

Für den Verband der Buch- und Stein-druckerzeitschriftler und Arbeiterinnen Deutschlands, Gau III  
gez. Hugo Werner.

Dieser Nachsatz wurde notwendig, da einzelne Geschäftsleitungen die in Frage stehende Empfehlung in der Weise auslegten, daß sie sagten, es sei wohl von einer Lohn- resp. Feuerungszulagen-erhöhung für die über 5 Jahre im Geschäft Tätigen die Rede gewesen, aber nicht von einer Aufbesserung auf 20.— Mk. Es wurde auch nicht für alle Hilfsarbeiterinnen, sondern nur für die Arbeiterinnen dieser Empfehlung stattgegeben. An der Hand dieser Erklärung können nun die in Frage kommenden Kolleginnen nochmals bei den Geschäftsleitungen vorstellig werden und über den Erfolg der Verwaltung Bericht geben. Festgestellt wurde noch, daß eine Reihe Firmen diese Empfehlung gleich richtig aufgefaßt und derselben stattgegeben haben. Nach einigen Schlußworten, welche in die Mahnung ausklangen, auch im laufenden Jahre mit aller Kraft für die Ausbreitung des Verbandes tätig zu sein, konnte die anregend verlaufene Generalversammlung geschlossen werden.

### Rundschau.

Im Verband der Lithographen und Stein-drucker findet im März eine Urabstimmung statt, bei welcher den Mitgliedern die folgende Frage vorgelegt wird: „Stimmen Sie für Beitragsserhöhung ab 1. April 1918 von wöchentlich 20 Pf. für Mitglieder, die 1,50 Mk., 1 Mk. oder 60 Pf. zahlen; von 10 Pf. für solche Mitglieder, die 80, 45 oder 40 Pf. zahlen, zur Ausübung gewerkschaftlicher Tätigkeit und Einführung der vollen statutarischen Reise-, Arbeitslosen-, Umzugsunterstützung und des vollen Sterbegeldes vom 1. Juli 1918 an?“

### Adressenveränderungen.

Kempten i. A. Kassiererin Theresie Menz, Lorenzstr. D. 53.

### Ehren-Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Als weiteres Opfer des Weltkrieges fiel unser lieber Kollege

### Artur Demuth

am 30. August 1917, 19 Jahr alt.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Die Zahlstelle Wirsberg i. Schl.

### Nachruf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriges, treues Mitglied, die Kollegin

### Luise Heime

(Wagner & Sprung),  
nach langen Leiden verstorben ist.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Die Zahlstelle Wirsberg.